

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

16.10.1862 (No. 243)

Die Budgetkommission tritt sofort zusammen; das Haus ver- tagt sich für die Dauer einer Stunde.

Um 11 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Der Präsident theilt mit, daß die Budgetkommission Bes- schluss gefaßt und den Abg. v. Forckenbeck zum Berichterstatter ernannt habe. Abg. v. Forckenbeck theilt mit, daß die Kommission den Beschluß des Herrenhauses, und zwar den er- sten Theil desselben (Pos. a des Arnim'schen Antrags) für ver- fassungsgemäß, dagegen den zweiten Theil (Pos. b desselben Antrags) nicht verfassungsgemäß erkannt habe. Die Kom- mission beantragt daher, den Beschluß des Herrenhauses vom 11. d. M. für null und nichtig zu erklären, und zu erklären, daß die Staatsregierung aus demselben keine Berechtigung herzuleiten habe. Nach dem Vortrage des Berichterstatters beschließt fast einstimmig das Haus, sofort in die Beratung des Antrags einzutreten.

Abg. v. Bonin (Stolz) erklärt, daß er das Haus nicht für berechtigt halte, sofort über diesen Antrag der Kommission Beschluß zu fassen. Das sei gesegwidrig, und verlasse er aus diesem Grunde den Sitzungssaal. Der Präsident wagt hier zunächst das Recht des Präsidiums in Betreff der Hand- habung der Geschäftsordnung mit energischen Worten. Auch Abg. Vinde (Stargard) erklärt sich in gleichem Sinne.

Sofort wird über den Kommissionsantrag abgestimmt. Es stimmen hierbei 237 Abgeordnete und sämtliche Anwesende nehmen den Antrag an. (Fünf Mitglieder der äußersten Rechten hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.) Während des Namensaufrufs erscheint der Ministerpräsident v. Bismarck, nimmt Kenntniz von den bereit liegenden An- trägen Simson's und Gneiff's, und erhebt sich mit denselben in der Hand, um nach dem Ministerzimmer zurückzugehen. (Hierbei passiert er den im Saale aufgehängten Thermometer und sieht nach der Temperatur des Hauses. Dies ruft unter den im lauten Privatgespräch begriffenen Abgeordneten eine laute Heiterkeit hervor. Während der Mittheilung des Präsidenten über den Beschluß des Hauses erscheinen um 12 Uhr die Mi- nister v. Bismarck, Graf Ikenplig und Graf J. Lippe.)

Das Haus tritt in den Gegenstand der Tagesordnung ein: eine Mittheilung der k. Staatsregierung. Der Präsident theilt mit, daß er im Laufe des gestrigen Tags vom Staatsminister v. Bismarck aufgefordert worden sei, zu heute eine Sitzung des Hauses „zur Entgegennahme einer Mittheilung der Staatsregierung“ anzuberäumen. Er habe dem Hrn. v. Bismarck sofort zurückgeantwortet, daß bereits eine Sitzung anberaumt sei und er das Haus bis 12 Uhr beisammen behal- ten werde. Er habe geglaubt, diese Mittheilung der Staats- regierung werde eine Vertagung des Landtags auf eine kurze Zeit sein, oder sie werde auch vielleicht darin bestehen, daß die Regierung dem Hause eine neue Vorlage habe machen wollen. Heute Vormittag sei ihm jedoch ein Schreiben des Ministers des Innern zugegangen, in welchem derselbe ihm mittheilt, daß er mit Rücksicht auf den bevorstehenden Schluß des Abge- ordnetenhauses den Regierungsrath Gebrecht beauftragt habe, bis zum demnächst stattfindenden Zusammenritt des Abgeor- detenhauses die Funktionen eines Kassensurators für das Haus wahrzunehmen. Dadurch sei er von dem Schluß der Land- tagsperiode in Kenntniz gesetzt. Er sehe sich veranlaßt, in Folge dessen hier zu konstatiren, daß der Präsident des Abge- ordnetenhauses bisher in jeder Beziehung mit den Intentionen der Staatsregierung vertraut gewesen sei. Gegenwärtig sei es jedoch das erste Mal, daß dem Präsidenten über den bevor- stehenden Schluß keine Kenntniz gegeben sei.

Sofort erhält der Präsident des Staatsministeriums, Hr. v. Bismarck, das Wort. Derselbe erklärt: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause folgende Allerh. Botschaft mitzuthei- len. (Das Haus erhebt sich und der Minister verliest folgende Allerhöchste Kabinettsordre): „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden u. haben auf Grund des Art. 77 der Verf.-Urk. vom 31. Jan. 1859 den Präsidenten Unseres Staatsministeriums, v. Bismarck-Schönhausen, beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie am 13. d. M. in Unserem Namen zu schließen. Wir fordern demnach die beiden Häuser des Landtags hierdurch auf, zu diesem Zweck an dem gedachten Tage um 3 Uhr Nachmittags in Unserem Residenzschlosse zu Berlin zusammenzutreten.“

Der Präsident gibt darauf eine Uebersicht über die

den ersten gegenseitigen Begrüßungen unterlassen, mich zu dem großen kostümirten Ball einzuladen, den er auf morgen Abend veranstaltet und auf dem Barbara zu erscheinen treulich versprochen habe. Der arme Mensch! sein Leben ist still und harmlos, und kein unglückliches — in seiner Art. Zwei oder drei Mal in der Woche schreibt er Bar- bara einen langen Brief den er nachher in einem Spielzeugschiffchen auf einem kleinen Bach schwimmen läßt, der dem Trent zu durch meine Anlagen läuft. — Doch hier kommt Sergeant Blint mit dem Schlüssel.“

Der Sergeant kam herbei und schloß das Pförtchen auf. (Schluß folgt.)

Die von J. W. Hackländer herausgegebene allgemeine illu- strirte Zeitung „Ueber Land und Meer“ (Stuttgart, bei Eduard Hallberger) ist in ihren fünften Jahrgang eingetreten und zugleich um die Hälfte billiger geworden. Schon die erste Nummer des neuen Jahrgangs zeigt uns, daß das Blatt in äußerer Ausstat- tung und innerem Gehalt nicht nur nichts verloren, sondern viel- leicht noch gewonnen hat, und doch wird fortan das Quartal von 13 Nummern (à 16 reich illustrierten Großfolio-Seiten) nur 1 Thlr. kosten. Die uns vorliegende Nummer enthält die Anfänge zweier Erzählungen von Hackländer und Levin Schüding, eine Charakteristik Paul Heyse's (nebst Portrait), Humorisches von Koffak und allerlei Unterhaltenes mehr.

Vor einigen Tagen fand in Brüssel ein Soldat (Musikus) vom 7. Linien-Infanterieregiment ein von einem Geschäftsboten ver- lorenes Portefeuille mit 40,000 Fr. Banknoten und brachte dasselbe sofort zur Polizei. Da derselbe für diese rechtliche Handlung jede Be- lohnung anschlug, so ließ der Oberst des Regiments ihn auf der Parade vor die Front herausretiren, wo er ihm die Hand drückte und öffentlich vor allen Truppen belobte, was allgemein eine tiefe Nahrung hervorbrachte. Der brave Mann heißt Watrin und ist aus Lüttich, wo er, bevor er ins Militär trat, in einer der ersten Buch- druckereien Seher war. Der französische „Moniteur“ bringt dies in Frankreich zur öffentlichen Kenntniz.

Thätigkeit des Hauses, während welcher sämtliche Minister das Haus verlassen. Der Präsident fordert das Haus zu einem dreimaligen Hoch auf den König auf. Es geschieht. Damit schließt die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Berlin, 13. Okt. (Herrenhaus.) Am Ministerlich: Ministerpräsident v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Jagow, Graf zur Lippe, v. Mähler.

Der Präsident theilt mit, daß auf die Anzeige der Be- schlüsse des Hauses vom Samstag in der Etatsfrage an das Abgeordnetenhaus dieses heute mit der Resolution geantwortet habe, welche den Beschluß des Herrenhauses auf Annahme des Regierungsetats für 1862 für null und nichtig erklärt. Unter den gegenwärtigen Umständen werde er diese Resolution lediglich ad acta nehmen. Das Haus empfängt diese Mittheilung mit Ausdrücken der Heiterkeit.

Der Ministerpräsident verliest die königl. Kabinetts- ordre, welche ihn mit der Schließung der Session heute Nach- mittag 3 Uhr im Weißen Saal des königl. Schlosses beauf- tragt. Der Präsident macht hierauf noch einige statistische Mit- theilungen über die Thätigkeit des Hauses in der verfloffenen Session. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 249, von denen jedoch 8 noch nicht eingetreten sind. Der Vize- präsident, Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf, spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses für die Leitung desselben und die feste Bewahrung seiner Rechte aus. Graf Stol- berg dankt, nachdem sich das Haus ihm zu Ehren insgesammt erhoben hat, für das bezeigte Vertrauen und die allgemeine Unterstützung, und schließt mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Maj. den König, in das die ganze Versammlung begeis- tert einstimmt. Schluß der Sitzung.

Berichtigung. In der gestrigen Nummer, S. 1, Sp. 2, Zl. 39 sind durch Versehen einige Worte ausgeblieben. Es muß heißen: „Diele in der Notwendigkeit der Entwicklung des freien Verkehrs begründete Politik ist dem preussischen Staat durch seine Interessen und seine Traditionen vorgezeichnet und auch von einem Theil seiner Zoll- verbündeten, als dem Bedürfniz des gesammten Zollvereins entsprechend, bereits anerkannt.“

Deutscher Handelstag.

München, 14. Okt. Der zweite deutsche Handelstag wurde heute Vormittag 10 Uhr eröffnet. Der zum Sitzungs- lokal dienende große Odeonsaal war entsprechend mit dem deutschen Wappen zwischen schwarz-roth-goldenen Fahnen und mit Flaggen in den verschiedenen Landesfarben decorirt und in allen seinen Räumen angefüllt. Unter den Anwesenden, deren Zahl etwa 400 betrug, bemerkt man Kommissäre der bayri- schen, hannoverschen und württembergischen Regierung.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des bleibenden Ausschusses, Hrn. Hansmann, heißt der Mini- ster des Auswärtigen und des Handels, Hr. v. Schreier, aus Auftrag der bayrischen Regierung die Versammlung will- kommen, betont die Wichtigkeit der zur Verhandlung kommen- den Fragen, über welche in weiteren Kreisen in Folge des Widerstreits verschiedener Interessen eine verschiedene Beur- theilung herrsche, und hofft eine gedeihliche Lösung von einer unbefangenen Prüfung, welche Anhaltspunkte zu einer erwünschten Ausgleichung biete. Darüber herrsche wohl Ueber- einstimmung in diesem Saale, daß Niemand es wünschen könne, daß in Deutschlands Mitte gefallene Schlagbäume wieder aufgerichtet würden; vielmehr strebe man allgemein nach einer weitem Ausdehnung des Zollvereins. (Allgemei- nes Bravo.)

Präsident Hansmann bringt in Erwiederung dem König von Bayern ein dreifaches Hoch aus, in welches die Versamm- lung einstimmt, verliest sodann die Tagesordnung, und macht einige geschäftliche Mittheilungen.

Generalsekretär Arnd erstattet hierauf Bericht über die Thätigkeit des bleibenden Ausschusses. Wir entnehmen dem- selben Folgendes: 195 Handelsvorstände haben ihre dauernde Theilnahme am Handelstage zu erkennen gegeben, darunter aus Preußen 56, Oesterreich 41, Baden 13. Die Beschlüsse des vorigen Handelstags wurden den deutschen Regierungen mitgetheilt und von den meisten derselben deren reisliche Er- wägung zugesichert.

Braun aus Wiesbaden bringt hierauf zur Sprache, daß eine Anzahl von Delegirten durch den in den letzten Tagen von bleibenden Ausschuss anberaumten Präsidiumstermin ausge- schlossen worden sei; er hält es für eine große Härte, den hier erschienenen Delegirten den Zutritt zu verweigern, denn der Handelstag solle eine möglichst vollständige Vertretung des Handelsstandes sein. Er beantragt, 3 Mitglieder des Plenums, Rheingau aus Frankfurt, Maierhöfer aus Wien und Weigel aus Breslau, zur Prüfung der Legitimationen der Betreffenden niederzusetzen, und die Legirten einstimmen zur Diskussion, aber ohne Wortm zuzulassen. Reichsrath Szabell aus Oesterreich spricht im Namen aller „Oesterreicher“ dagegen, da Reklamatio- nen von großer Ausdehnung zu erwarten ständen, wobei sie selbst wegen der Zurückweisung von 14 oesterreichischen Handelsforpo- rationen reklamiren müßten. Konsul Meier aus Bremen empfiehlt den Braun'schen Antrag zu möglichst einstimmiger Annahme, welcher nach einigen satirischen Bemerkungen Sei- tens des Generalsekretärs Arnd — wonach die zurückgewie- senen Mitglieder im Ganzen etwa 120 betragen, wovon nach Braun's Bemerkung jedoch nur etwa 20 hier anwesend sind — mit 119 gegen 44 Stimmen angenommen wird. Die Zahl der auf dem Handelstag vertretenen Korporationen beträgt demnach 163.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des ersten Vorsitzen- den erhielt Hansmann die Stimmenmehrheit, nämlich 87 Stimmen; 71 Stimmen fielen auf Konsul Meier von Bre- men. Präsident Hansmann dankt für das ihm bewiesene Vertrauen, und glaubt durch das auf ihn gefallene Wortm an- gedeutet zu sehen, daß die Majorität sich der versöhnlichen, vermittelnden Meinung anschließe. Als erster Vizepräsident wurde Hänle von München mit 141 Stimmen, als zweiter Vizepräsident Konsul Meier mit 77 Stimmen gewählt. Auf Vorschlag des Präsidenten werden die H. Komberg aus Freiburg und Panzer aus Wien zu Schriftführern be-

stellt. Es wird hierauf mit den eigentlichen Verhandlungen begonnen.

Zunächst erstattete Püscher aus Nürnberg Bericht über den Handelsvertrag mit Frankreich, erläutert und befürwortet den schon mitgetheilten Majoritätsantrag, macht namentlich auf die daselbst ausgesprochenen Bedenken gegen die Art. 8, 15, 16, 17, 25 aufmerksam, vor Allem aber auf Art. 31, wodurch die Fortsetzung des bisher durch den Februar- vertrag von 1853 mit Oesterreich bestehenden Verhältnisses unmöglich gemacht werde.

Hierauf berichtet Hurgig aus Hannover über die Zoll- einigung mit Oesterreich, und befürwortet die von der Mehrheit des Ausschusses beantragte Resolution. In der Voraussetzung, daß die Erhaltung des Zollvereins und der Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich sich erzielen läßt, beschließt der Handelstag über das künftige Verhältniz des Zollvereins zu Oesterreich wie folgt:

„Die nach dem Vertrage vom 19. Febr. 1853 zwischen dem Zollverein und Oesterreich bestehenden Verkehrserschwerungen sind möglichst dahin auszubehnen, daß bei der Mehrzahl der beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein zollfreier Verkehr eintrete, wogegen die bisherige Selbständig- keit der beiden Zollgebiete auch ferner erhalten bleibt.“

Zuletzt erstattete v. Sybel aus Düsseldorf Bericht über die Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins und empfiehlt die einstimmig von der Vorcommission beantragte, schon mitgetheilte Resolution.

Die heutige Sitzung wurde mit dieser Berichterstattung um 4 Uhr Nachmittags geschlossen; in der morgenden Sitzung findet die Generaldebatte über alle drei Fragen und dann noch eine spezielle Verhandlung jeder einzelnen statt.

In einer gestern abgehaltenen vorbereitenden Versamm- lung sollen sich etwa 70 der bedeutenderen Firmen für den Minoritätsantrag bezüglich des Handelsvertrags, wonach die- ser letztere vor Allem aufrecht erhalten werden soll, ausgespro- chen haben.

Heute Abend gibt die Stadt den Mitgliedern des Handels- tags ein Banquet im Rathhaussaal.

München, 14. Okt. (Köln. Z.) Gestern fand hier eine Versammlung bayrischer Handelskammer-Beretreter mit württembergischen und hannoverschen statt. Hr. v. Kerstorf verlangt die Zugiehung der Oesterreicher, dem die Pfälzer aber widersprachen; die Hannoveraner vermitteln; schließlich verließen jedoch beide die resultatlose Versammlung. In der Versammlung der Freunde des Handelsvertrags er- klärten sich 74 Handelskammern, einschließlich Hannover und Pfalz, für das Minoritätsvotum.

München, 14. Okt. Der „Allg. Ztg.“ zufolge stellt sich das städtische Stimmverhältniz auf dem Handels- tage folgendermaßen: 142 Votanten sind anwesend: davon entfallen auf Preußen 38, auf Bayern 32, Oesterreich 25, Hannover 18, Baden 10, freie Städte 5, Württemberg 4, Großh. Hessen 4, Königreich Sachsen 4, Nassau 4, Kurhessen 3, sächsische Fürstenthümer 2, Holstein 2. Etwa dreimal so viel Delegirte als Abstimmungsberetigte sind anwesend. Oesterreich zählt 89 Beretreter.

Deutschland.

München, 13. Okt. Die Nachricht des „Nürnberg. Korresp.“, daß sich die Regierungen von Bayern und Württemberg über ein gemeinschaftliches Verfahren bezüglich der schwebenden handelspolitischen Fragen vollständig geeinigt hätten, wird von der „Bayr. Ztg.“ für ungenau er- klärt. Wie innig auch die Uebereinstimmung zwischen beiden Regierungen in Bezug auf jene Fragen sei, so glaubt die „Bayr. Ztg.“ gegenwärtig doch nicht, daß dieselben sich über ein Kollektivverfahren, und insbesondere über die Berufung einer außerordentlichen Zollvereins-Konferenz formlich ge- einigt, noch auch, daß sie bereits über die Zugeständnisse sich verständigt haben, welche man selbst mit Dpfen von Seiten der süddeutschen Industrie bringen wolle.

Darmstadt, 14. Okt. (Fr. Z.) Bei so eben beendeter Nachwahl für den Abgeordneten der Residenz wurde der großh. Hofgerichtsrath Strecker einstimmig gewählt.

Limburg, 11. Okt. (Mitt. Ztg.) Ein Erlaß des Hof- gerichtsraths zu Dillenburg soll dahin gehen, daß dem hiesigen Domkapitel die Rechte einer juristischen Person nicht zu- stehen, da demselben bei der Erziehung des Bischofs von Limburg eine besondere juristische Persönlichkeit nicht beigelegt worden, auch die Ertheilung einer solchen weder aus den ihm ertheilten Befugnissen, noch auch aus dem ihm hingewiesenen Wirkungsbereize zu folgern sei.

Leipzig, 12. Okt. (Dr. Z.) Auf Grund einer von den H. Dr. Schaffrath in Dresden und Prof. Wuttke hier erlas- senen Einladung fand heute im Schützenhause eine auch von Dresden und andern Orten besuchte Versammlung statt, worin die Meinung der Versammlung in folgenden Resolutio- nen (niederzulegen in einer Adresse an die zu Frankfurt statt- findende großdeutsche Versammlung) auszudrücken beschlossen wurde:

Die zur Berathung über das gesammteutsche Verfassungsgesetz verlan- gelten Sachsen erklären: 1) Deutschlands Gesammterfassung darf nicht dergestalt beschaffen sein, daß sie irgend einen Theil des Bundesgebietes ausschließt. Es dürfen aber auch weder die innern Verhältnisse der zum deutschen Bundesgebiet gehörigen Landesheile, noch die Verbindung des- selben mit nicht zu Deutschland gehörigen Gebieten oder Abhaltungs- grund sein, das gesammte Deutschland seinem wahren Bedürfnisse und Rechte gemäß umzugestalten. 2) Alle deutschen Stämme sind innerhalb des Ganzen gleich berechtigt und verpflichtet. 3) Die Zentralgewalt ist demnach so zu gestalten, daß die Hegemonie einer Dynastie, eines Staates oder Stammes ausgeschlossen bleibt. 4) Die endgiltige Neugestaltung Deutschlands kann rechtsgiltig nicht anders als durch die auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7 April 1848 und des vom Reichs- verweiser vermittelten Reichswahlgesetzes wieder zu berufende National- vertretung zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande gebracht werden. 5) Eine Versammlung von Gewählten der Rammern ist kein die Einheit der Nation darstellendes Parlament oder Reichstag.

Berlin, 13. Okt. Die „Sternzeitung“ beklagt, daß die von dem Ministerpräsidenten in der Sitzung des Herrenhauses vom 10. d. abgegebene Erklärung bezüglich des Binde'schen Amendements falsch gedeutet worden sei. Die Hauptsache in der Erklärung der Regierung liege in den Worten: „vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits bei der Landesvertretung beantragen.“ Wenn der Landtag in diesem Jahre noch zusammentrete, so hätte die Regierung demselben auch in diesem Jahre noch diejenigen Vorlagen zu machen gehabt, die das v. Binde'sche Amendement in Aussicht nimmt, nämlich: die Vorlage zur Regularisierung des Budgets von 1862 und den Antrag auf Gewährung eines vorläufigen Kredits für den Anfang des Jahres 1863. Außerdem aber auch diejenigen Vorlagen, welche sie bereits in ihrer Erklärung vom 29. v. M. für den Wiederzusammentritt des Landtages versprochen hatte; also wären das Budget für 1863 und das Militärdienst-Gesetz ebenfalls noch in diesem Jahre vorzulegen gewesen. Damit wären die schlimmsten Steine des Anstoßes in dem verfassungsmäßigen Prinzipienstreit einseitig aus dem Wege geräumt gewesen. Es wäre vermieden worden, daß das Jahr 1863 von neuem mit einem Zustande beginnt, welchen die Majorität des Abgeordnetenhauses als verfassungswidrig ansieht, nämlich mit Vorausgaben, für welche der Landtag einen Kredit nicht bewilligt hat. — Vom Bureau des Herrenhauses wird folgendes zur Benachrichtigung veröffentlicht:

Die Petenten, welche sich mit der Bitte um Abolition des Budgets, resp. Aufrechterhaltung der Herrensorganisation an das Herrenhaus gewendet haben, werden hierdurch benachrichtigt, daß dasselbe in seiner heutigen Sitzung beschlossen hat, diese Petitionen durch seine Beschlüsse über das Budget pro 1862 für erledigt zu erklären. Berlin, 11. Okt. 1862. Im Auftrag des Präsidiums des Herrenhauses: Das Schriftführeramt. Herrig.

Der König traf heute Morgen wieder von Weimar hier ein, nahm zunächst die gewöhnlichen Vorträge entgegen, und arbeitete später mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck. — Graf v. Bernstorff ist heute früh nebst Familie auf seinen neuen Posten nach London abgereist.

Berlin, 13. Okt. Auf eine Ergebnissadresse aus Erfurt hat Se. Maj. der König nach der „Kreuzzeitung“ folgendes Handschreiben an die Unterzeichner erlassen:

Ich habe Ihre Eingabe vom 29. August d. J., in welcher Sie mich bitten, von Thron und Vaterland die Gefahr abzuwenden, welche aus einer wesentlichen Modifikation der neuen Armeeorganisation entstehen würde, gern entgegengenommen und danke Ihnen für das erneuerte Gelübniß unwankeles Treue, welchem Sie in Ihrem Schreiben Ausdruck gegeben haben. — Schloß Babelsberg, den 23. September 1862. (gez.) Wilhelm.

Die „Sternzeitung“ schreibt:

Eine verfassungswidrige und gelose Verwirklichung, welche schließlich in nächster Nähe droht, ist heute von der Staatsregierung förmlich feierlich erklärt worden. Der Landtag wurde so eben geschlossen und der Ministerpräsident hat in der Thronrede die Erklärung gelesen, — nach der Verwerfung des Budgets durch das Herrenhaus befindet sich die Regierung in der Nothwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Damit ist das verfassungsmäßige Steuerbewilligungsrecht der Kern und Stern aller Verfassungsrechte überhaupt, so viel das in der Macht des Ministeriums liegt, sehr kurzer Hand in blauen Dunst verwandelt. Der Uebergriff des Herrenhauses, den alle verfassungsfreundlichen Fraktionen, d. h. mit geringen Ausnahmen das ganze Haus der Abgeordneten, heute einmüthig für „null und nichtig“ erklärten, ist damit von einem unvergleichbar viel wichtigeren Uebergriffe in den Hintergrund gedrängt, — oder vielmehr als ein untergeordneter Theil in ein umfassendes Ganzes verschlungen. Der Kampf für die Verfassung ist jetzt gegen Ministerium und Herrenhaus nur ein einziger. Wir bezweifeln nicht, daß die Einmüthigkeit des Landes mit dem Wachsen des Gegners und der Schwierigkeiten nur wachsen wird. Reizen die Abgeordneten magen auch nicht in jener „gehobenen Stimmung“ nach Hause, mit welcher vorgestern Hr. v. Below den Kampf gegen das Haus der Abgeordneten aufzunehmen versuchte, so haben sie doch auch nach nicht Ursache, in besonders „gedrückter Stimmung“ zu reisen. Das Land steht zu ihnen und ihren eher so maßvollen wie männlichen Resolutionen — und Se. Maj. der König, dem Preussens Ehre und Größe sicherlich nicht weniger warm am Herzen liegt, als ihnen, steht in jedem Augenblicke die volle Macht, seinen jetzigen, ihm überaberalten Rathgebern zu erklären: — „Ich will Frieden haben mit meinem Volke.“

Der Redakteur und Verleger der „Insterburger Ztg.“, Hr. D. Hagen, ist auf Grund des §. 40 des Preßgesetzes zu einer Geldbuße von 100 Thlrn. verurtheilt worden, weil er, von seinem Druckereibesitzer plötzlich verlassen, den Namen eines in Königsberg wohnhaften, von ihm bereits engagierten, aber noch nicht nach Insterburg übergeleiteten Druckers auf das Blatt gesetzt hatte.

Wien, 14. Okt. Es ist nachgerade ein öffentliches Geheimniß geworden, daß das Ministerium, welches man gemeinsam als das Ministerium Schmerling bezeichnet und welches eine Zeitlang einen einigermaßen homogenen Charakter annehmen zu wollen schien, zur Zeit in zwei Fraktionen zerfällt, deren Politik in den beiden brennendsten Fragen, der ungarischen und der deutschen, weiter und weiter auseinander zu gehen droht: Hr. v. Schmerling repräsentirt die eine dieser Fraktionen, Graf Rechberg die andere.

Für Ungarn neigt der Minister des Auswärtigen, der dabei wesentlich den Impulsen der hocharistokratischen Kreise folgt, sich mehr und mehr einem gemäßigten Qualismus zu, während der Staatsminister bis jetzt noch fest auf dem einseitigen Boden steht, welchen die Februarverfassung geschaffen. In Bezug auf Deutschland sagt Hr. v. Schmerling die jetzt dem Bunde vorliegenden Reformprojekte wesentlich nur als Ausgangspunkte der anzustrebenden Bundesreform auf, während Graf Rechberg sie nur als deren äußerste Zielpunkte zugeben möchte. In beiden Fragen bestehen also scharfe sachliche Gegenläge und die persönlichen Beziehungen zwischen den Trägern dieser Gegensätze geben wenig Hoffnung auf deren friedliche Ausgleichung; das Hinübergreifen des Staatsministers bei verschiedenen bekannten öffentlichen Gelegenheiten auf ein Gebiet, welches der Minister des Aus-

wärtigen als seine eigenste Domäne betrachtet, hat vor allen Dingen dieses Blut gemacht, denn die Staatskanzlei ist dabei vollständig in den Hintergrund getreten, und sie erscheint nicht mehr als das treibende, sondern nur noch als das getriebene Element, als eine Art von Bureau, das vom Staatsministerium ressortirt, und von dort Parole und Instruktionen erhält; die deutschen Tische des Hrn. v. Schmerling, um es kurz zu sagen, haben den Miß zwischen ihm und dem Grafen Rechberg sehr erweitert.

Es ist gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo sich um unsern Dinge vorbereiten, die, trotz aller Verwahrungen, schwerlich ganz ohne Einfluß auf unsere Verhältnisse bleiben werden, doppelt schwierig voraus zu sagen, welche Richtung schließlich den Sieg davonträgt. Aber es mag gut sein, sich einseitig über den Stand der Dinge klar zu werden. Nichts ist in der Politik gefährlicher, als sich von den Ereignissen überraschen zu lassen.

Die „Donau-Zeitung“ hat heute die schwere Aufgabe zu lösen, den Beweis zu führen, daß das Gesamtresultat der industriellen Privat-Erhebungen, bei Nichtbefolgen, ein höchst günstiges genannt werden müsse, weil es nur die sofortige und bedingungslose Jolleinigung, nicht aber die Jolleinigung unter allen Umständen als unthunlich hingestellt hat. Als ob es sich um irgend eine abstrakte Jolleinigung und nicht vielmehr um gerade diese konkrete Jolleinigung gehandelt hätte!

Frankreich.

Paris, 14. Okt. Die „France“ bekämpft heute den Gedanken der Räumung Rom in einer bestimmten Zeit und sagt dann:

Wenn wir gut unterrichtet sind, gelangen in dem Augenblick, wo wir schreiben, von unerbittlicher Seite Rathschläge von hoher Weisheit in den Vatikan. Die kleine Zahl Derjenigen ausgenommen, welche aus dem Unglück des Papstes eine Parteinahme machen, gibt es in Europa keinen aufgeregteren Katholiken, seinen Bischof, der nicht wünscht, daß der heil. Vater Konzeptionen mache, die, indem sie seine Rechte vorbehalten, seine politische Souveränität besiegeln könnten. Wir werden so bald als möglich von Rom abziehen, aber wir können dies nicht eher thun, als bis wir den Papst gegen jeden äußeren Angriff und jede innere Revolution sicher gestellt haben.

Jedem Blatt geht folgende wunderliche Mißheilung aus Berlin zu:

Man versichert, daß die preussische Regierung, um aus der gegenwärtigen Lage zu kommen, beschlossene einen Aufruf an das Land ergehen zu lassen. Die Abgeordneten sollen zukünftig direkt durch alle gemeine Volkswahlen in die gesetzgebende Versammlung ernannt werden. Jeder Kandidat soll in seinem Wahlkreis wohnen und die Abstimmung in jedem Dorfe stattfinden. Man glaubt, daß die unter dieser Wahlform Befragten den Regierungskandidaten eine große Majorität in Preußen geben werden. Diese im Prinzip beschlossenen Ausregeln sollen nach der Rückkehr des Hrn. v. Bismarck von Paris zur Ausführung gebracht werden.

Man bezeichnet es als gewiss, daß Hr. v. Lavalette nicht mehr nach Rom zurückkehren wird. Es scheint noch nichts hinsichtlich der Wahl seines Nachfolgers beschlossen zu sein. Der einzige offizielle Empfang, welcher vor der Abreise des Kaisers und der Kaiserin nach Compiegne in St. Cloud stattfinden wird, ist der des Hrn. v. Bismarck, welcher für den 17. Okt. in Paris erwartet wird, woselbst er sich nur 3 Tage aufhalten soll. In Compiegne werden einige Jagden abgehalten, aber keine großen Feste gegeben werden, und der Hof wird gegen Mitte, spätestens Ende Dezember nach Paris zurückkehren. — 3pro. 70.80. Ital. Anl. 73. Okt. 555.

Paris, 14. Okt. Das Blatt „La France“ sagt: Die Baisse an der heutigen Börse sei durch das Gerücht hervorgerufen worden, daß der Finanzminister Foucauld seine Entlassung eingereicht habe; dieses Gerücht habe aber keinen Grund.

Amerika.

New-York, 2. Okt. Abends. (Per „Arabia“.) Gerüchte, denen zufolge eine Deputation des Südens mit Friedensvorschlügen sich auf dem Wege nach Washington befinde, scheinen unbegründet zu sein. Man weiß nur, daß Hr. Toote im Kongreß zu Richmond die Aeußerung gethan hat, es sei am Süden, Friedensvorschlüge zu machen; und würden diese abgelehnt, dann müßte die Verantwortung weiteren Blutvergießens dem Norden anheimfallen. — General Wadsworth, der republikanische Kandidat für den Gouverneursposten des Staats New-York, erklärte seinerseits, die republikanische Partei sei entschlossen, die Union um jeden Preis aufrecht zu halten, und sollte darüber das ganze Land zur Waffe werden. — General McClellan hat sein Hauptquartier 3 Meilen nördlich an Harper's Ferry hinangeschoben, nachdem der südstaatliche General Lee oberhalb dieses Ortes einige räthselhafte Bewegungen vorgenommen hatte. Man erwartet eine Schlacht bei Winchester (Virginien). Von Leesburg her wurde Geschützdonner gehört; die Veranlassung war unbekannt. Der „Monitor“ ist vor Washington vor Anker gelegt worden. Ein großer Theil von General Buell's Armee hat sich in mehreren Kolonnen nach dem Juncern Kentucky's auf den Marsch begeben. Ein großer Raddampfer ist am 19. ult. dem Blockadeschwarzer vor Charleston entflohen.

Berichten aus Vera-Cruz vom 9. Sept. zufolge hat eine französische Garnison Soledad besetzt; General Zaragoza ist gestorben.

New-York, 4. Okt. (W. L. B.) Bei Louisville wird zwischen General Buell und den Secessionisten ein Gefecht erwartet. Die Sklavereifreiungs-Proklamation wird im südstaatlichen Kongreß auf's entschiedenste verurtheilt; es sind Anträge auf Ergreifung von Repressalien gegen die Regierung in Washington gestellt, welche die Zurücknahme der Proklamation oder doch die Einstellung ihrer Durchführung bewirken sollen. „New-York World“ ist der Ansicht, die Proklamation werde die Schwierigkeiten der Eroberung des Südens verdoppeln, und die Ereignisse werden zeigen, daß sie der größte der im Lauf des Kriegs begangenen Irrthümer gewesen. — Eine Schlacht zwischen McClellan und Lee wird als nahe bevorstehend betrachtet. — Präsident Lincoln hält nach dem 1. Novbr. eine Revue

über die Potomacarmee ab. — Bei der New-Yorker Douane werden fremde Faktoren ohne ein Zeugniß des amerikanischen Konsuls am fremden Einschiffungsplatz nicht mehr registriert.

Baden.

Karlsruhe, 15. Okt. Nachdem in der gekrönten Versammlung der Karlsruher Mitglieder des Nationalvereins der Vorliegende, welcher der Koburger Versammlung persönlich angewohnt hatte, über die letzte Generalversammlung, besonders bezüglich der deutschen Frage, Bericht erstattet, beschloß die Versammlung einstimmig nicht nur freudige Zustimmung, sondern auch warmen Dank dafür, daß die Ausführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 sammt Grundrechten und Wahlgesetz als das Banner der nationalen Partei verkündet ist. Sofort wurde der Vorliegende beauftragt, eine größere Versammlung, wo möglich in Pforzheim, zu veranstalten, um im Sinne des Beschlusses zu wirken. Der preussische Abgeordnetenversammlung wurde, gleichfalls einstimmig, eine warme Anerkennung für ihre tapfere Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte der Steuerbewilligung ausgesprochen. An der hiesigen Feier des 18. Okt., welche eine vorbereitete zu werden verspricht, wird sich in Folge einer ergangenen Einladung des Männer-Turnvereins der Nationalverein, gleich den andern hiesigen Vereinen, betheiligen.

Mannheim, 15. Okt. Das heute in Kraft tretende neue Gewerbegesetz bringt etwas Leben in die dadurch berührten Kreise. Die Kunst- und Innungsvorstände sind mit Stellung ihrer Rechnungen, einzelne größere Gewerbetreibende und Fabrikanten mit Abfassung von Dienstordnungen für ihr Hilfspersonal, wieder Andere mit Umgestaltung oder Erweiterung ihrer Geschäfte u. s. w. beschäftigt. Die Handelskammer, welche, obwohl formell aufgelöst, die Interessen des hiesigen Platzes während des Interregnums doch im Auge behalten wird, hat bereits den ersten Schritt zur Gründung einer Handelskammer im Sinne des neuen Gewerbegesetzes gethan, nachdem auch der Handelsverein, welcher mit der Handelskammer in dieser wichtigen Angelegenheit einig geht, sich darüber ausgesprochen hat. Es wurde in der gekrönten Generalversammlung der Mitglieder des hiesigen Handelsstandes beschlossen, am künftigen Montag eine Kommission von 7 Mitgliedern mittelst geheimer Abstimmung zu erwählen, welche die Statuten für die neue Korporation entwerfen und dem Gesamt-Handelsstand in weiteren Generalversammlungen zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen hat. Wegen der künftigen Verwendung hat das große Stadtamt bekanntlich eine Versammlung anberaumen.

Bemischte Nachrichten.

Frankfurt, 13. Okt. (Fr. Z.) Die erste Probefahrt auf der Linde-mainischen Eisenbahn, wozu unsere Staatsförperschaften eingeladen waren, hat gestern Mittag stattgefunden.

Frankfurt, 14. Okt. Die Einladung zur Frankfurter großen deutschen Versammlung ist nunmehr, mit einer größeren Anzahl von Unterschriften bedeckt, erschienen. Das Einladungs-Schreiben lautet: „Die Unterzeichneten, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine Neugestaltung Deutschlands mit Ausschluß Oesterreichs unter seiner Bedingung zulässig ist, beschließen, zur Vervollständigung der deutschen Verfassungsangelegenheit am 28. Okt. 1. J. in Frankfurt a. M. eine Versammlung zu veranstalten. Sie laden alle Großdeutschen ein, und bitten dieselben, ihre Betheiligung dem Komitee der großdeutschen Versammlung zu Frankfurt a. M. („Mittelschiff Hof“) anzuzeigen, bei welchem die Eintrittskarten in Empfang zu nehmen sind. Die Verschiebung der Versammlung auf den 28. Oktober wurde durch die am 21. und 22. Oktober stattfindende Wahl zur neuen gesetzgebenden Versammlung in Frankfurt veranlaßt.“

Die Unterzeichneten sind folgende: Ahrens, Dr. Prof., Leipzig; Angersheim, Fabr., Hannover; Ansmann, Notar, Hamburg; Arndt, Ritter v., Wien; Auerberg, Ant. Graf, Krain; Baader, Baden; Balfauer, München; Benedikt, Dr. J., Wien; Berckheim, R. Frhr. v., Baden; Berlichingen, Fr. Graf, Baden; Bernus, Fr., Senator, Frankfurt a. M.; Brinz, Prof. Dr., Prag; Caspar, D.-G.-Anwalt, Hannover; Gotta, Frhr. v., Stuttgart; Danfert, D.-Just.-Dir., Würzburg; v. d. Decken, Graf, Hannover; Doblhoff, Frhr. v., Niederösterreich; Ebel, Prof. Dr., Würzburg; Egger, Dr., Wien; Fidler, Prof., Innsbruck; Förster, Karl, Fabrikant, Augsburg; Freerich, Bürgermeister, Duderstadt; Fröbel, J. Dr., Wien; Frommann, Fr., Prof., Jena; v. d. Gabelen, Altenburg; Gerold, Buchhändler, Wien; Giesler, Prof., Abg., Tübingen; Gleispach, Graf, Steiermark; Götz, D.-Just.-Prof., Ulm; Götting v. Abendroth, Sachsen; Groß, Bürgermeister von Weß; Großmann, Dr., Wiesbaden; Harless, v. Ob.-Kons.-Präs., München; Hasmann, Dr., Böhmisch-Böhmen; Hagenberg, Dr., Graf, München; Hirschberger, Gutsbesitzer, Niederbayern; Jankow, Joh. Prof., Frankfurt a. M.; Ingram, Frhr. v., Tyrol; Kästlein, Notar, Bayreuth; Karajan, v. Dr., Wien; Kerstorf, v. Dr., Augsburg; Kest, Notar, Rosenburg a. L.; Kloppe, D., Hannover; Knyphausen, Graf, Celle; Kühn, Prof., Tübingen; Kühn, Anwalt, Landau; Kerckensfeld, Frhr. v., Oberfranken; Kriebitz, Frhr., Böhmen; Köw, Anwalt, Zweibrücken; Lorenz, Dr. Prof., Wien; Madeghem, Graf, Bayern; Mannl, Dr. M., Karlsruhe; Wittmann, Abg., Württemberg; Mählisch, v. Baden; Kaufmann, Regensburg; Niebour, Oldenburg; Paur, Notar, Augsburg; Petermann, Th., Dresden; Rellam, C., Dr., Leipzig; Redwitz, D. Frhr. v., München; Reiche-Eisenstuck, Sachsen; Reichenstein, Frhr. v., Karlsruhe; Riese-Ettalburg, Frhr. v., Böhmen; Rössing, v. Hannover; Roghorn, v., Fabrikant, Wien; Ruwähl, Dr. J., München; Sarney, Kons., Stuttgart; Schaffke, Prof., Abg., Tübingen; Scheucl, v., Prof., Erlangen; Schlepegrell, v., Hannover; Schulz, Fr., Prof., Weilburg; Somaruga, v., Wien; Speyer, Ph. J., Heidelberg; Steindorf, v., Gmünd, München; Strauch, Fabr., Rumburg; Sjabel, Fabr., Wahren; Thüngen, W. Frhr. v., Unterfranken; Tinti, Frhr. v., Niederösterreich; Varnbüler, Frhr. v., Stuttgart; Wächter, D., Abg., Stuttgart; Wänker, v., Dr., Freiburg; Weiss, Ludw., Dr., München; Wiedenhofer, Adv., Oberpfalz; Witbauer, Dr., Prof., Innsbruck; Witte, D.-G.-Anwalt, Hannover; Wohlwend, Baraberg; Wollegg, Frhr. v., Emden; Württemberg; Wuttke, Prof., Leipzig; Wundenbrugg, v., München; Zehmen-Etrausch, v., Sachsen; Zerzog, A. v., Oberpfalz; Zimmern, A., Bankier, Heidelberg.

Für die Abgebrannten in Durlach (Aufruf Karlsruhe Zeitung Nr. 234) sind laut Nr. 237 bei uns eingegangen 17 fl. 21 kr., seitdem weiter von C. S. 2 fl. 20 kr., W. Br. 1 fl., C. G. 2 fl., B. K. 2 fl. 45 kr., Caroline und Stephanie v. W. 2 fl., L. M. 1 fl. 10 kr. Zusammen 28 fl. 36 kr.

Zur Empfangnahme weiterer Beiträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 15. Oktober 1862. Expedition der Karlsruh. Ztg.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sem. Kroenlein.

